

Kein Steuerrabatt für Städter

Luzern Die Rechnung 2016 der Stadt Luzern schliesst mit einem Plus von 37,5 Millionen Franken. Der Grosse Stadtrat hiess gestern das erfreuliche Rechnungsergebnis gut. Kein Gehör hatte das Parlament hingegen für die CVP, die einen Teil des Überschusses für einen Steuerrabatt in der Höhe von 7,5 Millionen Franken verwenden wollte. Eine Mehrheit aus Linken und GLP lehnte dies ab. Damit beschenke man bloss die Vermögenden, fand Simon Roth (SP). Und Jules Gut (GLP) rechnete vor, dass ein solches Steuergeschenk für den einzelnen Steuerzahler kaum ins Gewicht falle. «Mit dem Steuerrabatt würde höchstens eine Gratis-Pizza herauschauen», sagte Gut.

Einverstanden war das Parlament gestern hingegen mit der Idee des Stadtrates, einen Teil des Überschusses für gezielte Investitionen zu verwenden, etwa für die Schule, für den Ausbau der Fernwärme sowie für Umweltprojekte.

Diese Einlagen in diverse Spezialfonds sorgten wiederum bei den Bürgerlichen für Kritik. Solche Anträge müssten ordentlich budgetiert werden, argumentierte etwa Mirjam Fries (CVP). Insgesamt werden rund 26 Millionen Franken aus dem Überschuss wieder investiert. Die restlichen 11 Millionen gehen ins Eigenkapital. (red)

Beatrice Vogel

beatrice.vogel@luzernerzeitung.ch

Das Luzerner Stadtparlament hiess gestern den Gegenvorschlag des Stadtrats zur Bodeninitiative der Grünen gut – aber nur knapp: mit 24 Ja- gegen 22 Nein-Stimmen. Die Grünen dürfen dies als Erfolg verbuchen, folgt doch der Stadtrat mit seinem Gegenvorschlag in wesentlichen Teilen ihrer Bodeninitiative, die ein Verkaufsverbot für städtische Grundstücke fordert. Die Grünen hatten schon vor der gestrigen Ratsdebatte angekündigt, ihre Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlags zurückzuziehen (Ausgabe vom Mittwoch). Somit wird nun allein der Gegenvorschlag dem Stimmvolk unterbreitet werden. Dieses wird somit das letzte Wort haben.

Alle Fraktionssprecher betonten gestern in der Debatte, welch knappes Gut der Boden sei, mit dem es nachhaltig umzugehen gelte. Dennoch zeigte sich in der Debatte, wie stark das Thema Landverkauf politisch polarisiert: Grüne, SP und GLP standen geschlossen hinter dem Anliegen der Initiative, während CVP, FDP und SVP dagegen waren. Dass gewisse Punkte der

«Mit der Abgabe im Baurecht kann die Stadtentwicklung besser gesteuert werden.»



Manuela Jost
Stadträtin (GLP)

Initiative gar nicht umsetzbar sind, darüber waren sich in der gestrigen Debatte aber alle einig (siehe Kasten). Deshalb ging es gestern nur noch um die Frage: Gegenvorschlag ja oder nein? Im Gegenvorschlag des Stadtrats

Ausnahme möglich – mit Spezialregelung

Laut Stadtrat ist die Äufnung eines Landerwerbsfonds, wie er in der Initiative der Grünen gefordert wird, nicht sinnvoll. Denn auch wenn künftig Land veräussert werde, würden daraus kaum Buchgewinne resultieren, die in einen solchen Fonds einfließen könnten. Im Gegenvorschlag des Stadtrats wurde der Fonds deshalb weggelassen.

Der zweite wesentliche Punkt, in dem sich der Gegenvorschlag von der Initiative unterscheidet: Städtische Grundstücke können verkauft werden, wenn in den fünf Jahren zuvor ein gleichwertiges Grundstück erworben wurde. Zur Festlegung dieser Frist hat sich Luzerns Stadtrat am Bodenreglement der Gemeinde Emmen orientiert. (bev)

sind die problematischen Punkte nicht mehr enthalten.

In ihrem Plädoyer für die Unterstützung des Anliegens betonte Korintha Bärtsch (Grüne), wie wichtig Landbesitz für die Stadtentwicklung sei: «Boden ist

ein zentraler Punkt in der Politik und ein umgarntes Produkt auf dem Immobilienmarkt. Bodenpolitik ist die Grundlage für alle Aspekte, die eine Stadt ausmachen.» Der Einfluss der Stadt auf ihre Entwicklung sei umso direkter, wenn sie den Boden selbst besitze: «Der Handlungsspielraum wird nicht eingeschränkt, wenn Land nicht mehr verkauft werden darf, sondern die Stadtentwicklung kann vorangetrieben werden.» Eine Abgabe im Baurecht gewährleiste zudem, dass ein städtisches Grundstück zu einem späteren Zeitpunkt umgenutzt werden könne, etwa wenn Schulraum benötigt werde.

Stadt soll vermehrt Grundstücke kaufen

Gleichzeitig forderten die Grünen vom Stadtrat eine aktivere Bodenpolitik, indem er etwa vermehrt Grundstücke kauft. Dies unterstützte auch Gianluca Pardini (SP). Jules Gut (GLP) ergänzte, dass die Zeit der Bodenverkäufe vorbei sei, auch, weil der Wert von Boden steige: «Der Markt reguliert sich in Sachen Umwelt und Boden nicht selbst. Deshalb ist ein Eingreifen der Stadt gerechtfertigt.» Stadträtin Manuela Jost (GLP) betonte:

«Wir geben den Handlungsspielraum nicht aus der Hand, sondern bewahren ihn für künftige Generationen. Mit der Abgabe im Baurecht kann die Stadtentwicklung besser gesteuert werden.»

Ganz anders bewerteten die bürgerlichen Parteien das Landverkaufsverbot. «Die Initiative atmet planwirtschaftlichen Geist», sagte Fabian Reinhard (FDP): «Als ob Private nicht nachhaltig und vernünftig mit Boden umgehen könnten.» Nicht die öffentliche Hand allein gestalte die Stadtentwicklung, auch Private leisteten ihren Beitrag. «Ich bin enttäuscht, dass der Stadtrat der Initiative nicht stärker widerspricht», so Reinhard. «Der Stadtrat beschneidet so seine eigenen Handlungsoptionen.» Zudem würden Unternehmen und private Investoren gern Boden als Eigentum erwerben, um Planungssicherheit zu haben.

CVP und SVP waren mit der FDP einig, dass der Handlungsspielraum mit dem Verkaufsverbot begrenzt werde. Mirjam Fries (CVP) betonte zudem, dass die Stadt bereits Kriterien zur Priorisierung besitze und somit schon heute eine Baurechtsabgabe die Regel sei: «Es braucht weder Initiative noch Gegenvorschlag.»

Stadt will Tempo 30

Baselstrasse 31 000 Fahrzeuge zwängen sich täglich über den Kreuzstutz-Kreisel. Das schränke die Lebensqualität im Quartier massiv ein, findet die Sozialkommission des Grossen Stadtrats. Deshalb solle sich die Stadt für eine Verkehrsberuhigung auf der Baselstrasse – sprich Tempo 30 – einsetzen. Diese Forderung wurde gestern vom Stadtparlament bestätigt.

Selber einführen kann die Stadt eine Tempo-30-Zone allerdings nicht, da die Baselstrasse eine Kantonsstrasse ist. Und der Kanton hat es bisher abgelehnt, auf Hauptverkehrsachsen Tempo 30 einzuführen. Dennoch ist

auch der Stadtrat bereit, sich beim Kanton für eine Temporeduktion einzusetzen, wie Stadtrat Adrian Borgula (Grüne) gestern betonte.

Er machte allerdings eine wichtige Einschränkung: Die Baselstrasse bleibe eine verkehrsorientierte Strasse mit grossem Verkehrsaufkommen. Deshalb wäre zwar eine Temporeduktion auf 30 möglich, nicht aber eine bauliche Umgestaltung zur Verkehrsberuhigung, wie das bei Tempo-30-Zonen üblicherweise gemacht wird. Auch eine Aufhebung der Fussgängerstreifen wäre gemäss Borgula auf der Baselstrasse nicht sinnvoll. (rk)

Boni-Begrenzung abgelehnt

Ausgelagerte Betriebe Die Geschäftsführer von EWL, VBL und Viva Luzern können weiterhin unbegrenzt hohe Boni erhalten. Dies entschied das Stadtparlament. Die SP/Juso-Fraktion forderte in einem Postulat, dass die Geschäftsführer der stadt-eigenen Betriebe maximal 20 Prozent ihres Grundlohns als variable Vergütung und höchstens 10 Pro-

zent an übrigen Vergütungen erhalten sollen. Der Stadtrat schlug stattdessen vor, dass der variable Lohnanteil und die Nebenleistungen nicht mehr als 60 Prozent des Basislohns sein dürfen. Diesen Gegenvorschlag liess die SP nicht gelten – und scheiterte. Für alle anderen Fraktionen, abgesehen von den Grünen, war die Forderung zu radikal. (bev)

CSS: Abriss soll möglich sein

Tribtschenstrasse Die CSS will ihren Hauptsitz an der Luzerner Tribtschenstrasse stark erweitern. Bis zu 500 zusätzliche Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden (wir berichteten). Allerdings steht dem Ausbauprojekt ein Gebäude von 1933 im Weg. Dieses wird als schützenswert eingestuft. Sollte das Gebäude nicht abgerissen werden können,

droht die CSS sogar mit einem Wegzug vom heutigen Standort.

Der Stadtrat unterstützt den Krankenversicherer und will sich beim Kanton für das Ausbauprojekt inklusive Abriss des umstrittenen Gebäudes einsetzen. Das hält er in der Antwort auf ein SVP-Postulat fest. Auch das Stadtparlament ist für den Abriss – gegen den Willen der SP. (rk)

Auf dem Sonnenberg hebt die «Rakete» ab



Kriens Artistik, Klamauf, Humor und Musik: Das sind die Ingredienzen des seit 1947 bestehenden Broadway Variété. Dazu gibt's ein Dreigangmenü. Die spezielle Showgruppe gastiert zurzeit auf dem Sonnenberg in Kriens mit dem Stück «La Rakete». Entsprechend schwerelos und fliegerisch ist die Show. Gestern war Premiere. Bild: Corinne Glanzmann (Kriens, 29. Juni 2017)